



Die Grünen Korneuburg
Albrechtsgasse 2/16
2100 Korneuburg
korneuburg@gruene.at

An den
Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg
Hauptplatz 39
2100 Korneuburg

Korneuburg, am 20.2.2019

Dringlichkeitsantrag: Resolution an die Bundesregierung: Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen

Die Grünen Korneuburg stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg möge beschließen:

Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert ihre Entscheidung zu überdenken und eine Lösung mit Hausverstand zu finden, die ermöglicht, dass Asylwerberinnen und Asylwerber nicht von ihrem Arbeits- und Ausbildungsplatz abgeholt und abgeschoben werden und die ermöglicht, eine Lehre auch während des laufenden Asylverfahrens absolvieren zu dürfen. Nur so können die Herausforderungen Integration und Verringerung des Fachkräftemangels gelingen.

Begründung:

Die Betreuungs- und Ausbildungseinrichtung „Talente-Entwicklung“ ist seit Dezember 2017 in Korneuburg angesiedelt. Hier sollen „unbegleitete Minderjährige Fremde“ (UMF) auf eine Lehre vorbereitet werden. Das Programm richtet sich an Asylwerbende und Asylberechtigte. Viele von ihnen sind schon seit 3 Jahren in Österreich und warten auf den Abschluss ihres Verfahrens. Sie verfügen über entsprechende Deutschkenntnisse, um in das Arbeitsleben integriert werden zu können. Diese Jugendlichen sind von den u.a. Entscheidungen der Bundesregierung besonders betroffen.

Die Bundesregierung hat unter Federführung des Innenministeriums den so genannten „Hundstorfer-Erlass“ aus dem Jahr 2012, wonach Asylwerberinnen und Asylwerber in Mangelberufen eine Lehr-Ausbildung absolvieren dürfen, aufgehoben. Die Zusicherung, dass zumindest jene Asylwerberinnen und Asylwerber, die bereits eine Lehre absolvieren, nicht abgeschoben werden sollen, wurde bedauerlicherweise nicht eingehalten und zurückgezogen. Diese Entscheidung wird sowohl menschlich als auch wirtschaftlich für falsch erachtet.

1.000 UnternehmerInnen, 100 Gemeinden mit 2,7 Mio EinwohnerInnen und mehr als 63.000 Privatpersonen haben sich überparteilich in der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ zusammengeschlossen, um eine Lösung der Vernunft zu finden. Auch der Landeshauptmann von Oberösterreich, Thomas Stelzer, hat gegenüber der APA bedauert, dass „keine Lösung mit Hausverstand“ gefunden wurde.

Die Umsetzung der Kernforderungen von „Ausbildung statt Abschiebung“ – keine Abschiebungen während der Ausbildung, Umsetzung des deutschen 3plus2-Modells und weiterhin Zugang für Asylwerberinnen und Asylwerbern zur Lehre – würde allen nützen: sinnvolle Integration wird vorangetrieben, der Lehrlingsmangel verringert und damit der Wirtschaftsstandort abgesichert und insgesamt profitiert damit unsere Gesellschaft insgesamt.